

## **Wem gehört das Klima?**

### **Aktionsplan Klimagerechtigkeit**

Partei und Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Lübeck

**System change not climate change - Klima retten, nicht Kapitalismus!**

***Für einen sozial-ökologischen Systemwandel in Lübeck***

Partei und Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Lübeck stehen für einen Kurs „Hart Backbord!“. Für einen konsequenten Richtungswechsel in der Kommunalpolitik, der Klima und Menschen rettet, nicht den Kapitalismus, nicht Gewinne der wenigen Profiteure, nicht die Aktienkurse. Im Kommunalwahlkampf stellten wir die Frage: „Wem gehört die Stadt?“ Ziel unserer Partei war es dabei, durch eine inhaltlich starke Fraktion als sozial-ökologische Stimme der Stadt in die Bürgerschaft zu wirken.

Wir sind Verbündete aller Menschen, Vereine, Verbände und Initiativen, die sich der Idee einer sozialen und klimafreundlichen Stadt verschrieben haben. Gemeinsam mit der Klimabewegung wollen wir die Frage nach der sozial-ökologischen Daseinsvorsorge stellen. Dabei wollen wir die ursprüngliche Frage „Wem gehört die Stadt?“ weiterentwickeln und konkretisieren. Der Anspruch auf Frieden, Freiheit und eine intakte Umwelt wird dabei zum Leitfaden unseres Handelns.

Wir stellen die Frage: „Wem gehört das Klima?“ in die wirklich gelebten Bereiche aller Einwohner\*innen. Dabei greifen wir die zentralen Themen, für welche DIE LINKE in Lübeck seit ihrem ersten Einzug in die Bürgerschaft 2008 steht auf: Wohnungsbau, Energie, Nahverkehr und ein solidarisches Miteinander.

All diese Punkte münden in der Frage wie Klimagerechtigkeit in unserer Stadt erreicht werden kann und wie wir möglichst viele Menschen auf dem Weg zu einem Richtungswechsel in der kommunalen Klimapolitik mitnehmen können. Denn für uns gilt: ein echter Richtungswechsel kann nur sozial-ökologisch und durch eine gerechte Verteilung der Belastungen erreicht werden.

Auch in Lübeck gehen seit einem Jahr jeden Freitag hunderte Schüler\*innen auf die Straße, um für eine sozial-ökologische Wende in der Klimapolitik zu streiten.

DIE LINKE versteht sich als Partnerin an der Seite aller Bewegungen, die mit den Mitteln des friedlichen Protestes und des zivilen Ungehorsams für eine Verkehrswende, eine Energiewende, für eine andere Politik vom öffentlichen Nahverkehr bis zum sozial-ökologischen Wohnungsbau für alle Menschen kämpfen.

Für uns LINKE steht dabei fest: Es gibt keinen grün angestrichenen Kapitalismus. Der Kohleausstieg ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf den epochalen Abschied von Öl, Kohle und Gas, einen einschneidenden Umbruchprozess der Volkswirtschaft und damit der Gesellschaft, der existentielle Auswirkungen auf die Zukunft der Kommunen haben wird. Diesen Prozess wollen wir sozial und ökologisch gerecht gestalten.

Aufgabe der LINKEN ist es dabei gemeinsam Druck zu machen. Druck auf der Straße, aber auch in der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen. Diesem Anspruch wollen wir mit diesem Aktionsplan gerecht werden.

42 Linke Klimapolitik ist dabei zugleich Sozial- und Friedenspolitik. Einerseits weil nur eine konsequente  
43 Klimapolitik neue Ungerechtigkeiten vermeiden kann. Denn der Wandel des Klimas trifft lokal und  
44 global die Schwächsten der Gesellschaft. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage, müssen ihre Heimat als  
45 Klimageflüchtete verlassen, verlieren Wohnraum oder Arbeitsplätze. Zum anderen verbindet nur  
46 eine linke Klimapolitik die notwendigen gesellschaftlichen Einschnitte und Umbrüche mit klaren  
47 Antworten zur sozialen Absicherung der Betroffenen und einer gerechten Verteilung der mit ihnen  
48 einhergehenden Belastungen.

49 **Konkret stehen für DIE LINKE in Lübeck folgende Aspekte im Vordergrund:**

50 ***1. Sozial-ökologischer Umbau des Nahverkehrs und der Mobilität***

51 Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und  
52 energiesparende Verkehrsmittel. Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für Alle  
53 unabhängig vom Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein  
54 wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und  
55 barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten  
56 Umsteigemöglichkeiten sowie sozialverträglichen Tarifen. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen  
57 wir als Vision, auf die wir hinwirken. Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss unter  
58 Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und  
59 anderen Betroffenen demokratisch reguliert und betrieben werden.

60 Gerade in Schleswig-Holstein jedoch, muss aufgrund der katastrophalen Infrastruktur in den  
61 ländlichen Regionen langfristiger gedacht werden. Wo in urbanen Ballungszentren der Umbau weg  
62 vom Individualverkehr zeitnaher erfolgen kann, kommt in Schleswig-Holstein Übergangstechnologien  
63 eine spezielle Bedeutung zu. DIE LINKE wird hier eine offene Debatte über Möglichkeiten  
64 finanzierbarer, alternativer Antriebe für PKW führen, um möglichst viele Menschen auf dem Weg zur  
65 Verkehrswende mitzunehmen und Hemmschwellen und Ängste im Bereich der Arbeitsmobilität  
66 abzubauen. Dies ist insbesondere in Lübeck aufgrund der Vielzahl von Pendler\*innen wichtig. Daher  
67 muss ein Lübecker Verkehrskonzept in eine landesweite Umstrukturierung des Nahverkehrs  
68 eingebunden sein und im Rahmen eines Anschlusses an den HVV diskutiert werden.

69 DIE LINKE in Lübeck setzt auf eine Kombination aus einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs  
70 durch eine soziale Umgestaltung der Ticketpreise, mit dem Ziel eines kostenlosen Nahverkehrs und  
71 einer Unterstützung klimafreundlicher Antriebstechniken. Dabei wollen wir neue Konzepte und  
72 Technologien mitdenken und die kommunale technologische Infrastruktur bereitstellen. Gleichzeitig  
73 streben wir eine deutliche Stärkung des Radverkehrs an und die Schaffung eines flächendeckenden  
74 Straßenbahnnetzes.

75 Der Nahverkehr in Lübeck ist nicht nur zu teuer, sondern auch ungünstig getaktet. Die Randgebiete  
76 der Stadt werden nur unzureichend angefahren. Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere  
77 Rentner\*innen, Schüler\*innen und Menschen im SGBII Bezug, die zumeist auf den Busverkehr  
78 angewiesen sind, ist es bei den aktuellen Preisen kaum möglich den Bus zu nutzen. Termine oder  
79 Veranstaltungen außerhalb der fußläufig erreichbaren Gebiete können so entweder gar nicht oder  
80 nur schwer wahrgenommen werden.

81 Ebenso wichtig wie eine Umstrukturierung des Nahverkehrs ist es Anreize dafür zu schaffen vermehrt  
82 alternative Verkehrsmittel zu nutzen. Hierzu muss die Förderung und Finanzierung des Radverkehrs  
83 deutlich erhöht werden. Langfristiges Ziel sollte die Inbetriebnahme einer Lübecker S-Bahn sein,  
84 welche die Stadtteile stärker miteinander vernetzt. Dies wäre nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern  
85 würde auch die Innenstadt und umliegende Kreise vom Autoverkehr und unnötigen Umweltschäden

86 durch den durch Autos verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoß entlasten. Zudem würden Lübecker Knotenpunkte  
87 nach und nach entschärft. Klares Ziel bleibt die Reduzierung des Individualverkehrs und die  
88 Reduzierung des Schadstoffausstoßes durch den Restverkehr. Hierfür sind massive Investitionen in  
89 die Infrastruktur auf allen Ebenen notwendig.

90 *DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft hat hierzu folgende Anträge in der Bürgerschaft und ihren*  
91 *Ausschüssen gestellt:*

92 *- Einführung von Sozial-, Schüler\*innen- und Senioren\*innen-Tickets im Stadtverkehr*

93 *- Prüfung eines Konzeptes zur Errichtung eines Straßenbahn-Netzes inklusive angeschlossenen Park-*  
94 *Ride-Konzeptes*

95 *- Prüfung eines Zukunftskonzeptes „Umlagefinanzierter ÖPNV“*

96 *- Bau einer Teststrecke für Solarroad-Radwege*

97 *- Erstellung eines Konzeptes zur Ladung von Elektro-Fahrzeugen an Straßenlaternen*

98 *- Deutliche Erhöhung der Personal- und Sachmittel für den Radverkehr*

99 *- die kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb eines Fahrscheins des*  
100 *Lübecker Stadtverkehrs*

101 *- ein umfassendes Park-Konzept für die Innenstadt mit weiterführenden Angeboten zur Mobilität auf*  
102 *der Altstadtinsel (Park & Ride)*

103 *- die Beruhigung des Altstadt-Gebietes vom fließenden Individual-Verkehr durch die Stärkung des*  
104 *Stadtverkehrs und des Radverkehrs*

105 *- die Anerkennung individueller Mobilitätskosten durch die Jobcenter für Betroffene im SGBII Bezug*

## 106 **2.1 Sozial-ökologischer Wohnungsbau, und Energetische Sanierungen**

107 Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass auch bei angepasster und sachgerechter  
108 energetischer Sanierung bei etwa einem Drittel aller Vorhaben die so genannte  
109 „Warmmietenneutralität“ verfehlt wird. Dies bedeutet, dass die umgelegten Jahreskosten der  
110 energetischen Sanierungen höher ausfallen, als die Kosteneinsparungen bei Ausgaben für Heizung  
111 und Warmwasser. Es besteht also eine erhebliche Finanzierungslücke. Diese kann je nachdem wie  
112 angespannt der Lübecker Wohnungsmarkt ist, entweder zu ausbleibenden Sanierungen oder zu  
113 rasant steigenden Mieten führen.

114 Dieser Umstand macht deutlich, wie die Frage der Klimapolitik zur sozialen Frage wird. DIE LINKE  
115 bekennt sich klar zur energetischen Gebäudesanierung als wichtigem Beitrag zur Reduzierung des  
116 CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Dies darf jedoch nicht zulasten der Menschen gehen, erst Recht nicht, wenn  
117 Konzerne wie Vonovia oder Deutsche Wohnen energetische Sanierungen zum Geschäftsmodell  
118 machen und damit ganze Stadtteile gentrifizieren. Menschen im SGBII Bezug, in Grundsicherung oder  
119 unteren Verdienst-Niveaus können die Mieterhöhungen infolge der Sanierungen nicht tragen und  
120 drohen ihren Wohnraum zu verlieren.

121 Hier wollen wir eingreifen und in der Bürgerschaft gegensteuern. Deshalb haben wir gemeinsam mit  
122 dem Mieterverein Lübeck die Schaffung einer kommunalen Beratungsstelle Energetische  
123 Sanierungen für betroffene Mieter\*innen gefordert, die proaktiv, niedrigschwellig und kostenlos  
124 berät.

125 Mittelfristig ist in der Finanzierung der klimagerechten Modernisierung des Gebäudebestandes ein  
126 Paradigmenwechsel einzuleiten. Nicht die Kosten der Modernisierung, sondern deren Effekt sollte  
127 zum Maßstab für die Umlage auf die Beteiligten und Nutznießer\*innen werden.

128 Insbesondere sind hier Konzepte der Bürgerenergie, des Mieterstroms und der Energieautarkie von  
129 Stadtteilen wichtig. Für Neubauten sollen hohe Anforderungen an Energieeffizienz, die Umsetzung  
130 von Solartechnik und die Abkehr von fossiler Energie bei der Gebäudeheizung verpflichtend werden.

131 Stadt bedeutet in unserem Verständnis jedoch nicht nur in ihr zu arbeiten und zu wohnen, sondern  
132 auch Erholung, Freizeit und Auszeit vom stressigen Alltag. Deshalb muss eine sozial gerechte und  
133 ökologische Wohnungsbaupolitik die vielfältigen Interessen und Bedürfnisse aller Menschen und  
134 Stadtteile berücksichtigen. Es gilt für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnraum und  
135 Grünflächen zu sorgen. Um der Entstehung von sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss  
136 günstiger Wohnraum deshalb gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt werden. Ziel muss es sein, nicht  
137 weitere Flächen zu verdichten, sondern in der Wohnungsbaupolitik der Zukunft auch Naherholungs-  
138 und Freiflächen zu berücksichtigen. Spielplätze, Freiflächen und Gärten müssen selbstverständlicher  
139 und erlebbarer Teil des Lübecker Stadtbildes sein. Deshalb unterstützt DIE LINKE. Lübeck seit langem  
140 Konzepte des Stadtgärtnerns und urban gardening, um auch kleine Flächen inmitten stark bebauter  
141 Stadtteile ökologisch nutzbar zu machen und das Stadtbild grüner und natürlicher zu gestalten.

142 Dazu gehört auch eine Entlastung der Stadtteile – besonders der Innenstadt – vom Individualverkehr  
143 durch die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Ausbau und die Instandsetzung von Fuß- und  
144 Radwegen muss vorangetrieben werden. Lebensqualität und Mobilität müssen zueinander in einem  
145 ausgewogenen Verhältnis stehen. Daher braucht es eine nachhaltige und ganzheitliche  
146 Wohnungsbaupolitik, welche alle unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Lübecker  
147 Stadtteile und ihrer Einwohner\*innen berücksichtigt.

148 Um Obdachlosigkeit entgegen zu wirken befürworten wir den Housing First Ansatz und unterstützen  
149 und fordern ein ganzheitliches Netz der Obdachlosenbetreuung, bei dem öffentliche Stellen, freie  
150 Träger\*innen und ehrenamtliche Projekte Hand in Hand wirken. Niemand darf aufgrund  
151 energetischer Sanierung oder Verteuerung von Energie seinen Wohnraum oder die Versorgung mit  
152 Energie verlieren. Klimagerechtes Wohnen darf keine Frage des Geldbeutels sein, sondern muss  
153 natürlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

## 154 **2.2 Kommunale Energiewende**

155 In nur einem Jahr sind in der Windindustrie insgesamt 26.000 Arbeitsplätze abgebaut worden und  
156 damit mehr als insgesamt in der Braunkohle beschäftigt sind. Somit ist die Beschäftigungssituation  
157 bei Windenergie an Land um circa fünf Jahre zurückgefallen. Von 2016 bis 2017 sind bei Wind an  
158 Land 21.700 Arbeitsplätze verloren gegangen. Bei Windenergie auf See kommen im gleichen  
159 Zeitraum nochmal 4.300 verlorene Arbeitsplätze hinzu. Diese Zahlen gehen auf eine Kleine Anfrage  
160 der LINKEN im Bundestag zurück.

161 Gerade für Schleswig-Holstein als ehemaligem Vorzeigeland der Branche zeichnet sich damit ab, dass  
162 die Situation der Beschäftigten in der Windenergiebranche ein wichtiges soziales Thema ist und  
163 damit auch für diejenigen Lübecker\*innen, die in der Branche tätig sind oder mittelbar von ihr  
164 betroffen. Hinzu kommt der Aspekt der Klimagerechtigkeit, da am Ausbau erneuerbarer Energien  
165 weitere Themen wie Energiegerechtigkeit, Energiewende im allgemeinen und Themen wie  
166 Mieterstrom-Projekte und Bürgerenergie im Besonderen hängen (der Bürger-Windpark Lübke-Koog  
167 und die Gemeinde Krummesse sind hier beispielhafte Projekte).

168 Gleichzeitig ist Schleswig-Holstein ein Kernland der Windenergiegegner, die sich auch in Lübeck –  
169 bspw. gegen den Ausbau der Windenergie in Kücknitz – formieren. Viele der zunächst schlüssig  
170 wirkenden Argumente halten jedoch der näheren Betrachtung nicht stand, lassen sogar bewusste  
171 Falschinformation und Stimmungsmache erkennen. Einige der in diesem Spektrum organisierten  
172 Vereine weisen sogar eine bedenkliche Nähe zum rechts-esoterischen Bereich, zu  
173 Verschwörungstheoretikern und dem rechts-konservativen Spektrum auf.

174 In dieser Gemengelage als Linke zu Positionen zu kommen, die einerseits unserem Bekenntnis zur  
175 Klimagerechtigkeit als zentralem Zukunftsthema und zur sozial-ökologischen Wende Rechnung  
176 tragen, als auch die Sorgen der Anwohnenden ernst nimmt, sie aber klar von Interessen gesteuerten  
177 Scheinargumenten abzugrenzen versteht, ist nicht ganz einfach und bedarf einer konsequenten  
178 Information und Diskussion innerhalb unserer Partei. Klar ist jedoch: Immer höhere Hürden,  
179 insbesondere im Bereich sinnloser Abstandsregelungen oder Moratorien, die durch die Angst vor  
180 einer Debatte entstehen, lähmen die Entwicklung der Energiewende und vernichten Arbeitsplätze in  
181 der Windkraftbranche. Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung kann nur dann entstehen,  
182 wenn gesellschaftliche Beteiligung gesichert ist und eine voranschreitende Energiewende den  
183 Menschen sozial zu Gute kommt – nicht durch Verhinderung des Ausbaus der Infrastruktur.

184 Für uns als LINKE muss zudem klar sein, dass wir uns von Protest, der von Fake-News und dem  
185 rechten Spektrum getragen wird deutlich distanzieren. Dies gilt insbesondere für dubiose Gruppen  
186 wie Vernunftkraft, Windwahn, Gegenwind, und co.

187 Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Energiewende ist die Solarenergie. Photovoltaik ermöglicht  
188 kleinteilige lokale Stromerzeugung in Bürgerhand. Mieterstrom und Direktstromkonzepte fördern  
189 dabei die Lübecker Entwicklung. Solarthermie unterstützt die Gebäudeheizung und ermöglicht im  
190 Sommer Warmwasser-Erzeugung (fast) ohne zusätzlichen Energieaufwand. Doch auch In diesem  
191 Bereich sind durch die Bundespolitik seit 2012 bundesweit 80.000 von 140.000 Arbeitsplätzen  
192 verloren gegangen. Die Gesetzgebungsverfahren (Energiesammelgesetz 2019 und die laufende  
193 Klima-Gesetzgebung) des Bundestages sorgen weiterhin für mangelnde Rechtssicherheit in der  
194 Kommunalpolitik und verursachen hohe Planungsunsicherheit bei allen Beteiligten.

195 Die Linksfraktion in der Bürgerschaft setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude in Lübeck  
196 darauf geprüft werden, auf welchem Dach Photovoltaik oder Solarwärme erzeugt werden kann und  
197 welche Art der Energieerzeugung jeweils sinnvoll ist. Diese Dächer sollen unverzüglich zur  
198 ökologischen Energieerzeugung bereitgestellt werden. Wir setzen uns zudem für eine  
199 Solarprüfungspflicht für Neubauten ein. Bei Neubauprojekten, insbesondere Wohnungen, wird eine  
200 Solar-Pflicht mit Mieterstrom-Angebot angestrebt. Wir überlassen die Energiewende nicht den  
201 Konzernen, sondern wollen Kraftwerke, Windräder und Netze in Bürgerhand. Lokale  
202 Energieerzeugung trägt dazu bei, von der Idee der Energie als wirtschaftlicher Ware weg, hin zu einer  
203 Idee energetischer kommunaler Daseinsvorsorge zu kommen.

204 Dabei hat für uns zunächst die öffentliche Hand als gemeinsame solidarische Daseinsvorsorge  
205 Vorrang. Gleichzeitig wollen wir jedoch Bürgerprojekte in Form von Genossenschaften unterstützen  
206 und streben die Schaffung eines Lübecker Energiebeirates an, der Vereine, Verbände, Initiativen,  
207 Politik und Verwaltung an einen Tisch bringt, um Synergien für eine solidarische Bürgerenergie zu  
208 nutzen.

209 *DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft hat hierzu folgende Anträge gestellt:*

210 *- Prüfung der Energie- und Wärmebilanz aller öffentlichen Gebäude*

- 211 - *Konzept zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden*
- 212 - *Energetisches Sanierungskonzept aller öffentlichen Gebäude im Rahmen des Instandhaltungs-*  
213 *Management*
- 214 - *die Schaffung einer Beratungsstelle für von energetischen Sanierungen durch Großkonzerne*  
215 *betroffene Mieter\*innen*
- 216 - *die Dezentralisierung des Stromeinkaufes durch die Stadtwerke zur Schaffung eines echten*  
217 *erneuerbaren Strommixes*
- 218 - *ein Konzept zur autarken lokalen Stromgewinnung der Stadtwerke durch Prüfung von Konzepten der*  
219 *Bürgerenergie*
- 220 - *Einrichtung eines Energiebeirates zur Vernetzung aller klimapolitischen Entscheidungsträger\*innen ,*  
221 *Vereinen, Initiativen und Verbänden*
- 222 - *Personelle und finanzielle Aufstockung der Klimaleitstelle zur Koordination energiepolitischer*  
223 *Maßnahmen*
- 224 - *Zusammenarbeit mit der Gemeinde Krummesse zum Anschluss eines Lübecker Testgebietes an das*  
225 *Krummesser Bürgerenergie-Konzept*
- 226 **3. Nachhaltiger Tourismus**
- 227 Tourismuspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, bei der soziale, ökologische, verkehrspolitische und  
228 entwicklungspolitische Konzepte und Projekte zusammen wirken.
- 229 Unser Ziel ist ein sozial gerechter, barrierefreier und ökologischer Tourismus. Wir kämpfen gegen die  
230 gegen die Zerstörung der Umwelt durch Massentourismus und setzen uns für eine sozial-ökologische  
231 Balance zwischen Tourismus, Anwohnenden und Umwelt ein.
- 232 Wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist der Tourismus in Schleswig-Holstein von einer intakten  
233 Natur abhängig. Tourismus leidet aber nicht nur unter ökologischen Risiken und Katastrophen,  
234 sondern löst sie oft überhaupt erst aus. Flugzeuge schädigen das Klima, Bettenburgen zerstören  
235 Natur und Kulturlandschaften. Gewässer werden durch Abfälle und unbehandelte Abwässer sowie  
236 die wachsende Kreuzschiffahrt belastet. DIE LINKE will deswegen sanften und Ressourcen  
237 schonenden Tourismus stärker fördern. Wir wollen touristische Angebote auch in strukturschwachen  
238 Stadtteilen Lübecks unterstützen und Belastungen somit dezentralisieren.
- 239 Die Schaffung von weiteren Kreuzfahrt-Terminals lehnen wir ab und wollen langfristig auf einen  
240 klimaneutralen Tourismus setzen. Dabei spielen insbesondere unsere Konzepte zur sozial-  
241 ökologischen Stärkung des Nah- und Radverkehrs eine wichtige Rolle.
- 242 Tourist\*innen und Tourismus-Wirtschaft sollen sich finanziell an den Investitionen für die  
243 Infrastruktur eines nachhaltigen Tourismus beteiligen. Dies ist beispielsweise durch die Bettensteuer  
244 möglich. Wir begrüßen die Bemühungen der LTM zu einem nachhaltigen Tourismus und wollen die  
245 politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen.
- 246 *DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft hat hierzu folgende Anträge gestellt:*
- 247 - *die Beruhigung des Altstadt-Gebietes vom fließenden Individual-Verkehr durch die Stärkung des*  
248 *Stadtverkehrs und des Radverkehrs*

249 - ein umfassendes Park-Konzept für die Innenstadt mit weiterführenden Angeboten zur Mobilität auf  
250 der Altstadtinsel (Park & Ride)

251 - die kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb eines Fahrscheins des  
252 Lübecker Stadtverkehrs

253 - Schaffung grüner und kostenloser Freiflächen

254 - Einführung einer Bettensteuer um Folgen des Tourismus finanziell aufzufangen

255 **4. Wochenmarkt statt Weltmarkt für lebendige und ökologische Stadtteile**

256 DIE LINKE. Lübeck steht für Wochenmarkt statt Weltmarkt, für mehr Aufklärung über die Folgen von  
257 Fleischkonsum. Insbesondere im Agrarland Schleswig-Holstein kommt uns dabei eine entscheidende  
258 Rolle zu. Wir fordern eine radikale Agrarwende und die Abkehr von Megaställen und  
259 Exportorientierung. Die Tierbestände in Schleswig-Holstein müssen durch Obergrenzen deutlich  
260 reduziert werden. Dieser schrittweise Ausstieg muss sozial flankiert werden. Die Flächenbindung,  
261 muss endlich her: Statt Megastall-Tierhaltung dürfen nur so viele Tiere gehalten werden, wie vor Ort  
262 an Fläche zur Verfügung steht. Der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf nicht länger  
263 subventioniert werden, da er zur Zerstörung des Klimas sowie der lokalen landwirtschaftlichen  
264 Strukturen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im globalen Süden und regional beiträgt.

265 DIE LINKE steht gegen die Turbo-Globalisierung der Agrarmärkte ein, von der nur die großen  
266 Konzerne und Agrar-Oligarchien profitieren. Wir wollen die regionale, nachhaltige Landwirtschaft in  
267 Schleswig-Holstein durch eine ökologische Klima-Offensive stärken. Landwirte müssen für Umstieg  
268 auf nachhaltiges Wirtschaften und Ökolandbau unterstützt und für Klimaschutz belohnt werden. Für  
269 Klimaschäden müssen die zur Kasse gebeten werden, die keinen ausreichenden Klimaschutz  
270 betreiben, und es müssen die entschädigt werden, die keine Verantwortung für die Klimakrise  
271 tragen.

272 Dabei wollen wir den lokalen umweltbewussten Konsum stärken. Hierzu ist eine finanzielle Sicherung  
273 der Wochenmärkte und Stärkung lokaler Anbieter notwendig. Wir wollen die Exportstrategie in der  
274 Agrarpolitik beenden und durch eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem  
275 Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung ersetzen, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern.  
276 Leitendes Prinzip linker Agrarpolitik ist eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die auf  
277 das internationale Konzept der Ernährungssouveränität ausgerichtet ist und einen angemessenen  
278 Beitrag zu einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren Energien leistet.

279 Wir wollen Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel demokratisieren, Transparenz  
280 gewährleisten, langfristige Umweltwirkungen stärker berücksichtigen und den Einsatz  
281 glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel in Lübeck verbieten. Der Ökolandbau in den Lübecker Rand-,  
282 und Umlandgebieten muss ausgebaut werden und regionale Verarbeitungs- und  
283 Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und  
284 Handelskonzernen gefördert.

285 Wir wollen Mundraub entkriminalisieren: Sich Lebensmittel aus Abfall-Containern zu holen, soll nicht  
286 mehr strafbar sein, hierzu wollen wir mit den Lübecker Versorgern an einem gemeinsamen runden  
287 Tisch über eine Selbstverpflichtung sprechen.

288 Unsere Vision von der Landwirtschaft Lübecks und der umliegenden Kommunen im Jahr 2050: Sie  
289 gestaltet den ländlichen Raum, ist Grundlage unserer Naherholung, sichert lebendige Stadtteile,  
290 sowie die Versorgung mit Arbeitsplätzen und Lebensmitteln. Sie ist nachhaltig und sozial, Produkte

291 werden überwiegend regional vermarktet. Bäuerliche Betriebe wirtschaften nachhaltig und im  
292 Einklang mit der Natur und dem Leben.

293 Lebendige Stadtteile mit Dorfgemeinschaftszentren, die das Leben und Arbeiten im und um den  
294 ländlichen Raum lebenswert machen, regionale Einkaufsmöglichkeiten und eine gute medizinische  
295 Versorgung bieten, sind prägend. Dies schätzen auch die Tourist\*innen. Lübeck soll die Adresse für  
296 einen sanften, ökologischen Tourismus werden. Dies alles kommt lokalen und regionalen  
297 Anbieter\*innen, Anwohnenden und Besucher\*innen, sowie einer nachhaltigen Wirtschaft  
298 gleichermaßen zugute.

299 *DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft hat hierzu folgende Anträge gestellt:*

300 - *Erhalt und Aufbau eines Öffentlichen Personennahverkehrs, der eine Anbindung aller Menschen in*  
301 *den Lübecker Stadtteilen, den Randgebieten und den umliegenden Kommunen ermöglicht*

302 - *Eine aktive Strukturpolitik für lebendige Stadtteile*

303 - *die Entwicklung eines städtischen Konzeptes zum Stadtgärtnern und urban gardening*

304 - *das Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Mitteln im gesamten Gebiet der Stadt Lübeck*

305 - *ein Aktionsprogramm gegen die Ablagerung von Mikroplastik in der Natur*

306 - *Kostenfreie Stände auf den Lübecker Wochenmärkten für regionale Anbieter\*innen*

### 307 **5. Investitionen und Finanzpolitik**

308 Die Hansestadt Lübeck hat eine unmittelbare eigene Verantwortung – vor allem für das  
309 Verkehrssystem und den Gebäudebestand. Wenn beide klimaneutral werden sollen, dann muss es  
310 attraktive Angebote und folglich erhebliche öffentliche Investitionen geben. Es hat sich  
311 herumgesprochen: Die ab 2020 für alle Bundesländer geltende Schuldenbremse wirkt als  
312 Investitionsbremse, die durch kommunalpolitische Entscheidungen wie dem Beitritt zum  
313 Konsolidierungsfonds verstärkt wird. Das ist unverantwortlich. Gerade jetzt, zu Beginn des  
314 entscheidenden Jahrzehnts und bei Null-Zinsen, dürfen die öffentlichen Haushalte nicht in Fesseln  
315 liegen. Auf allen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – sind große Investitionen fällig, die nicht  
316 allein aus den laufenden Einnahmen zu leisten sind. Es ist zwingend geboten, öffentliche  
317 Investitionen auch mit Krediten zu finanzieren. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist  
318 finanzierbar durch eine Abkehr von der schwarzen Null, durch Milliarden der Europäischen  
319 Zentralbank für Investitionen der Kommunen in eine ökologische Wirtschaft statt für Banken und  
320 Vermögende, eine angemessene Besteuerung von Reichtum, den Abbau ökologisch schädlicher  
321 Subventionen und Steuererleichterungen sowie durch Einnahmen aus dem CO2-Mindestpreis.  
322 Schuldenbremse und Konsolidierungsfonds sind Investitionsbremsen und müssen gestrichen werden.  
323 Wir brauchen eine sozial-ökologische Null statt eine schwarze Null! Wir werden es nicht hinnehmen,  
324 dass die Lübecker Politik nur Verantwortung für die finanziellen Desaster der Vergangenheit  
325 übernimmt und dabei die notwendigen Investitionen für die sozial-ökologische Daseinsvorsorge und  
326 damit unser aller Zukunft und Lebensqualität verweigert.

327 Lübeck ist mit über 1,5 Milliarden hoch verschuldet. Verwaltung und Politik müssen sich eingestehen,  
328 dass eine Schuldenfreiheit der Stadt mit keinerlei Mitteln zu erreichen ist. Deshalb ist es wichtig, dass  
329 bei der Gestaltung der Finanz- und Haushaltspolitik die soziale und kulturelle Mobilität und Teilhabe  
330 der Lübecker\*innen im Vordergrund steht. Klima, Energie, Wohnraum und Stadt müssen den  
331 Menschen gehören. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass die sozial-ökologische Infrastruktur



332 unserer Stadt nicht weiter schrumpft und kurzsichtigen Profitinteressen geopfert wird.  
333 Konsolidierungsfonds und Schuldenbremse als Ausdruck des Kaputtsparens seitens der Bundes- und  
334 Landespolitik haben Lübeck an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit gebracht. Wir wollen  
335 diese Politik beenden.

336 Scheinbare Einsparungen durch die Streichliste des Konsolidierungsfonds gehen insbesondere  
337 klimapolitisch zu Lasten zukünftiger Generationen. In Wirklichkeit werden Schulden nicht abgebaut,  
338 sondern auf kommende Jahre verlagert, indem die Stadt ihrer Pflicht zur Unterhaltung der  
339 Infrastruktur, der Bildungsaufgaben und der Sozialpolitik nicht mehr nachkommt. Jedes Jahr verliert  
340 die Infrastruktur Lübecks – und damit das Eigentum der Lübecker\*innen über 10% an Wert, weil  
341 Abschreibungen nicht reinvestiert werden.

342 DIE LINKE möchte zurück zu einer aktiven Investitionspolitik anstelle des Kaputtsparens und  
343 gleichzeitig Land und Bund in die Verantwortung nehmen, durch eine gerechtere Steuerpolitik die  
344 Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und Verantwortung für die kommunale Klimapolitik zu  
345 übernehmen.

346 *DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft hat hierzu folgende Anträge gestellt:*

347 *- Konsequenter Ausstieg aus dem Konsolidierungsfonds, dem DIE LINKE als einzige Fraktion nie*  
348 *zugestimmt hat*

349 *- Einführung einer Bettensteuer um Folgen des Tourismus finanziell aufzufangen*

350 *- Einführung einer Stabsstelle zur Akquise öffentlicher Fördermittel aus Land, Bund und EU*

351 **6. Partner\*in der sozial-ökologischen Bewegungen, kommunalpolitischer Arm der sozial-**  
352 **ökologischen Wende**

353 Nur eine Klimapolitik, die in Lübeck den Menschen Ängste nimmt, Antworten auf scheinbare soziale  
354 Widersprüche gibt und Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, ist zukunftsfähig. DIE LINKE in  
355 Lübeck steht für das Versprechen einer Klimapolitik, die alle Menschen mitnimmt und die  
356 kommenden Umbrüche sozial und gerecht gestaltet. Dabei verstehen wir uns als Partner\*in der  
357 sozial-ökologischen Bewegungen. Denn nur mit dem Druck der Straße können wir gemeinsam die  
358 Menschheitsaufgabe der Verhinderung der Klimakatastrophe und der Bewahrung von Zivilisation und  
359 Demokratie bewältigen.

360 Mit einer Strategie der „Gerechtigkeit und Ökologie für alle“ kann Lübeck seine Verantwortung  
361 wahrnehmen. Durch einen sozial gerechten Mix aus Investitionen, Geboten, Verboten und Anreizen  
362 sind große ökologische Effekte auch kommunal zielsicher zu schaffen. Dabei sollten die  
363 Entscheidungen, die im Umbauprozess anstehen, nicht von oben diktiert werden. Wir wollen das  
364 Potential und die Macht der Vielen erschließen, in dem wir die Demokratie weiterentwickeln und die  
365 Wirtschaft demokratisieren. Hierbei sind für uns Beteiligungsprozesse durch die Schaffung  
366 demokratischer Strukturen wie eines Energiebeirates und Ortsbeiräten in den Stadtteilen von  
367 entscheidender Bedeutung.

368 Denn: Um die notwendigen und tiefgreifenden Veränderungen in unserer Stadt schnell zu  
369 verwirklichen, braucht es neben den Investitionen breite Akzeptanz, tatkräftige politische  
370 Unterstützung und Beteiligung. Wenn die Zuversicht wachsen soll, dass der ökologische Umbau keine  
371 Bedrohung, sondern Fortschritt bedeutet, dann muss dies im Alltag spürbar sein. Deshalb braucht  
372 Lübeck nicht weniger, sondern mehr soziale Sicherheit. Es ist an der Zeit, solidarisch zu denken und

373 zu handeln. Je besser und verlässlicher die kommunale Daseinsvorsorge ist, desto mehr wächst die  
374 Bereitschaft, sich für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu engagieren.

375 Mit diesem Aktionsplan machen wir als Partei und Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE allen politisch  
376 Agierenden in unserer Stadt das Angebot gemeinsam an einem System- und Kurswechsel in der  
377 Klimapolitik zu arbeiten.

378

379 **Unterzeichnet:**

380 **Für die Partei:** Katjana Zunft, Andreas Müller – Vorsitzende

381 **Für die Fraktion:** Ragnar Lüttke – Fraktionsvorsitzender

382 **Für den Arbeitskreis Wirtschaft, Bauen, Umwelt:** Sebastian Kai Ising – klimapolitischer Sprecher

383

384 Lübeck, 07. Januar 2020

385

